WP-4-217 Kapitel 4: Berlin lebt Vielfalt

Antragsteller*in: Jian Omar (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu WP-4

Nach Zeile 217 einfügen:

Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten als handlungsfähige Erstaufnahmebehörde

> Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten ist die zentrale Erstaufnahmebehörde für geflüchtete Menschen in Berlin. Hier entscheidet sich, ob Unterbringung, Leistungen und Versorgung verlässlich funktionieren. Die Beschäftigten arbeiten seit Jahren an der Belastungsgrenze. Trotz eines tatsächlichen Personalbedarfs von über 900 Stellen sind derzeit nur rund 650 Beschäftigte tätig. Dies führt zu hohen Krankenständen, unbezahlten Überstunden und einer dauerhaften Überlastung der Belegschaft.

> Wir werden das LAF personell deutlich stärken und die Arbeitsbedingungen nachhaltig verbessern. Dazu gehört insbesondere die Entfristung der sogenannten Beschäftigungspositionen, die einen erheblichen Teil der Belegschaft ausmachen und bislang trotz gleicher Aufgaben schlechtere Vertragsbedingungen haben. Diese Praxis führt zu Unruhe und Fluktuation und schwächt die Handlungsfähigkeit der Behörde. Unser Ziel ist ein modernes, gut ausgestattetes LAF mit fairen Arbeitsbedingungen, ausreichendem Personal und verlässlichen Strukturen, damit geflüchtete Menschen von Beginn an angemessen versorgt und untergebracht werden können.

Landesamt für Einwanderung als moderne Willkommensbehörde

> Wir werden das Landesamt für Einwanderung zu einer modernen und serviceorientierten Willkommensbehörde weiterentwickeln. Dazu etablieren wir ein digitales Antragssystem nach dem Vorbild der Blauen Karte für alle Aufenthaltstitel und deren Verlängerung. Das LEA wird personell gestärkt, um eine zügige, rechtskonforme und transparente Bearbeitung der Anträge sicherzustellen. Die Terminvergabe werden wir weiter verbessern und verlässlicher gestalten. Zudem werden wir die Ombudsstelle im LEA wieder einrichten und zu einer mitwirkungsberechtigten Ombudsstelle weiterentwickeln, um Transparenz, Rechtsschutz und Vertrauen zu stärken.

Begründung

Eine funktionierende Migrations und Integrationspolitik setzt leistungsfähige Verwaltungen voraus. Das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten und das Landesamt für Einwanderung sind zentrale Behörden im Kontakt mit geflüchteten und zugewanderten Menschen. Dauerhafte Überlastung, Personalmangel und prekäre Beschäftigungsverhältnisse gefährden sowohl die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten als auch eine rechtsstaatliche und menschenwürdige Aufgabenerfüllung.

Personalaufwuchs, Entfristungen und moderne Arbeitsstrukturen sind daher keine freiwilligen Leistungen, sondern Voraussetzung für handlungsfähige Behörden. Die vorgeschlagenen Maßnahmen greifen Forderungen der Beschäftigten und ihrer Personalvertretungen auf und dienen der langfristigen Stabilisierung, Modernisierung und Professionalisierung beider Behörden.

Unterstützer*innen

Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Ronald Reimann (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Tabea Schoch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Thies Sorgenfrei (KV Berlin-Mitte); Birgit Gust (KV Berlin-Kreisfrei); Mascha Brammer (KV Berlin-Mitte)